Verordnung über Beiträge an Schulanlagen

(Änderung vom)

I:\AVS\Amt\Amt\Schulbauverordnung\Richtig\Entwurf_V04052012.doc

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz

nach Einsicht in Bericht und Vorlage des Regierungsrates,

beschliesst:

I.

Die Verordnung über Beiträge an Schulanlagen vom 26. November 1986 ¹ wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 3

³ An die Kosten von baulichen Massnahmen zur Instandhaltung und Instandsetzung werden keine Beiträge ausgerichtet.

§ 4

Der Regierungsrat legt die beitragsberechtigten Kosten unter Berücksichtigung der Teuerung pauschal fest. Einbezogen werden die Kosten von Projektierung, Bau und Erstausrüstung, die mit der Erstellung einer einfachen, zweckmässigen Schulanlage verbunden sind.

Abs. 2 und 3 aufgehoben.

§ 7

¹ An Schulanlagen, für die das Bedürfnis nicht nachgewiesen ist oder die den Vorschriften des Regierungsrates über den Bau und die Ausstattung von Schulanlagen nicht entsprechen, werden keine Beiträge ausgerichtet.

² Beiträge können gekürzt werden, wenn das Verfahren zur Beitragsgewährung, die Vorschriften über den Bau und die Ausstattung von Schulanlagen oder die Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen nicht eingehalten werden.

³ Beiträge sind unter Berücksichtigung einer Amortisationsdauer von 20 Jahren zurückzuerstatten, wenn subventionierte Schulanlagen zweckentfremdet werden.

§ 8

¹ Schulanlagen, an deren Erstellung der Kanton Beiträge geleistet hat, sind ausserhalb des Unterrichts dem Jugend- und Erwachsenensport, für Kurse der Leiterweiterbildung sowie für die Erwachsenenbildung zur Verfügung zu stellen.

²Die Schulträger erstellen ein Benützungsreglement. Vom Kanton durchgeführte Kurse und die Lehrerweiterbildungskurse sind unentgeltlich aufzunehmen, es dürfen keine Gebühren erhoben werden.

§ 9 Verfahrensschritte

Das zuständige Departement erlässt Richtlinien über das Verfahren und die Ausrichtung von Baubeiträgen.

§ 10 Beitragszusicherung

Der Regierungsrat beschliesst über die definitive Zusicherung des Baubeitrages.

§ 11

Wird aufgehoben.

§ 12

Wird aufgehoben.

§ 13 Übergangsbestimmung zur Änderung vom

Vor dem Inkrafttreten dieser Verordnungsänderung zugesicherte Kantonsbeiträge werden nach den bisherigen Bestimmungen und beitragsberechtigten Kosten ausgerichtet.

Abs. 2 wird aufgehoben.

II.

¹Dieser Beschluss wird dem fakultativen Referendum gemäss § 31 Abs. 1 Kantonsverfassung unterstellt.

²Er wird im Amtsblatt veröffentlicht und nach Inkrafttreten in die Gesetzssammlung aufgenommen.

³Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

¹ SRSZ 611.310